

Difu-Umfrage

Klimaschutz in den Städten immer wichtiger, Stadtentwicklung durch Corona im Fokus

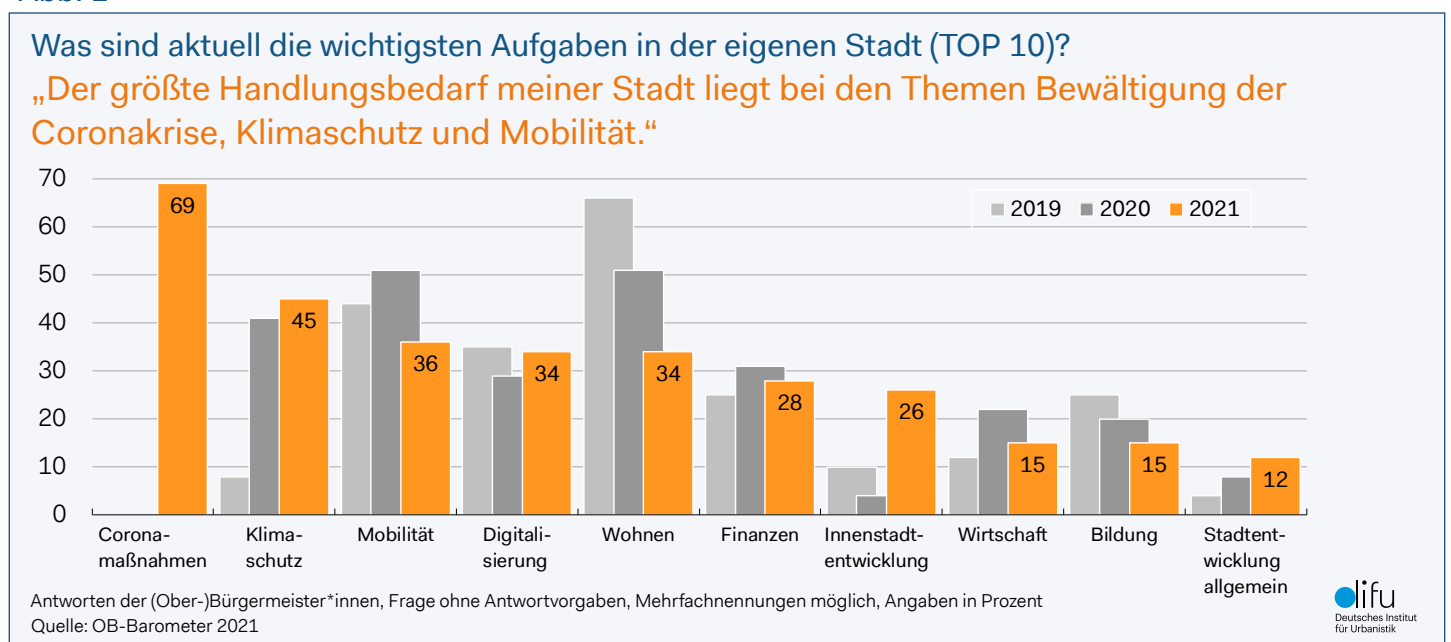
Die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der deutschen Städte bleiben trotz Corona bei ihrem eingeschlagenen Kurs. Klimaschutz und urbane Mobilität bleiben aktuell und zukünftig ganz oben auf der kommunalpolitischen Agenda.

Das diesjährige OB-Barometer steht im Zeichen der Coronapandemie. Die Befragung im Jahr 2020 fand ebenso wie die im Jahr 2021 in den Monaten Januar und Februar statt. Anders gewendet: 2020 war vor Corona, 2021 befinden sich die deutschen Kommunen mitten in der Coronakrise. Daher wurde 2021 der Coronapandemie und ihren Auswirkungen mit einer eigenen Frage Rechnung getragen, in der die Stadtspitzen die größten Herausforderungen aus der Pandemie für die Kommunalpolitik nennen sollten. Gefragt wurde zudem, wie in den Vorjahren, nach aktuellen und künftigen

Aufgabenschwerpunkten, die die OBs in ihren Städten wahrnehmen. Die befragten Stadtspitzen benennen dabei u.a. die aktuell wichtigsten Aufgabenfelder der eigenen Stadt, sie äußern sich zu künftigen Prioritätensetzungen und bewerten, inwiefern sich kommunale Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen ändern müssen.

Es überrascht nicht, dass bei der Frage nach den aktuell wichtigsten Aufgaben in der Stadt (Abb. 1) die Bewältigung der Coronakrise und ihrer Folgen mit deutlichem Abstand am häufigsten genannt wurde (69 %). Es gibt aber

Abb. 1



signifikante Unterschiede beim Thema „Bewältigung der Coronakrise“, sowohl zwischen den Bundesländern als auch im Hinblick auf die Einwohner*innenzahl der Städte. In den süddeutschen Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen nennen knapp 60 % der Stadtspitzen diese Aufgabe als wichtigstes Handlungsfeld. In allen anderen Regionen sind es dagegen fast drei Viertel der befragten OBs. Mit geringerer Betroffenheit lässt sich diese Diskrepanz nicht erklären, dies zeigen die relevanten Indikatoren der Pandemie, wie z.B. die regionalen Inzidenzwerte, sehr deutlich. Vor allem die Städte mit mehr als 200.000 Einwohner*innen nennen die Aufgabe „Bewältigung der Coronakrise“ als wichtigstes Handlungsfeld (88 %). Der Wert liegt bei Städten zwischen 100.000 und 200.000 Einwohner*innen (77 %) sowie bei Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohner*innen (59 %) deutlich niedriger. Im Gegensatz zu den übrigen Handlungsfeldern kennen wir keine Vergangenheitswerte bei dieser Aufgabe. Corona war im Januar/Februar 2020 noch kein Thema für die Kommunen.

Jenseits von Corona – Klima- und Mobilitäts-themen weiter ganz oben auf der Agenda

Spannend ist es deshalb, einen Blick auf die übrigen Handlungsfelder (Abb. 1) und deren Entwicklung in den letzten Jahren zu werfen. Die Themen unter der Überschrift „Klima, Energie, Nachhaltigkeit“ haben in 2021 noch einmal an Bedeutung gewonnen. Sie werden von den befragten OBs so häufig genannt, dass sie nun das zweitwichtigste aktuelle Handlungsfeld in den Kommunen sind (45 %). Abstrahiert man von der Sondersituation Corona (69 %), ist es sogar das aktuell wichtigste kommunale Handlungsfeld. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, sie

scheint vielleicht sogar überraschend. Bis einschließlich 2019 hatte der kommunale Klimaschutz nur eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 2020 erfuhr das Politikfeld dann einen starken Bedeutungszuwachs. Die Vermutung liegt nahe, dass Klimaschutz, auch durch die Demonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung, stärker ins Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger*innen rückte. Unklar war, wie nachhaltig dieser Effekt sein würde und ob „Umweltthemen“ – wie schon manchmal in der Vergangenheit – infolge anderer großer Krisen auf der Prioritätenskala wieder nach hinten rücken. Dies scheint diesmal nicht so zu sein. Klimaschutz wird sogar noch einmal wichtiger eingeschätzt als 2020. Man könnte vermuten, dass durch die Coronapandemie zwei Phänomene ins Bewusstsein der kommunal Verantwortlichen gerückt sind, die für den Umgang mit der Coronakrise ebenso bedeutsam sind wie für den Umgang mit dem Klimawandel: Resilienz und Vulnerabilität von Kommunen, im Hinblick auf kommunale Infrastrukturen, aber auch im Hinblick auf verschiedene Bevölkerungsgruppen, die von den krisenhaften Entwicklungen besonders betroffen sein können.

Auch bei den Zukunftsthemen (Abb. 2) haben die Themen „Klima, Energie, Nachhaltigkeit“ (53 %) ihre Spitzenposition vor der Mobilität (50 %) und der Digitalisierung (37 %) behauptet. Urbane Mobilitätskonzepte sind heute überwiegend Verkehrskonzepte, die den motorisierten Individualverkehr eindämmen sollen. Sie sollen CO₂- und Feinstaubbelastungen reduzieren und sind insoweit konstituierender Bestandteil einer kommunalen Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Dass Klimaschutz und Mobilität sowohl bei den aktuellen wie auch den zukünftig wichtigen Themen Spitzenpositionen einnehmen, unterstreicht den

Abb. 2

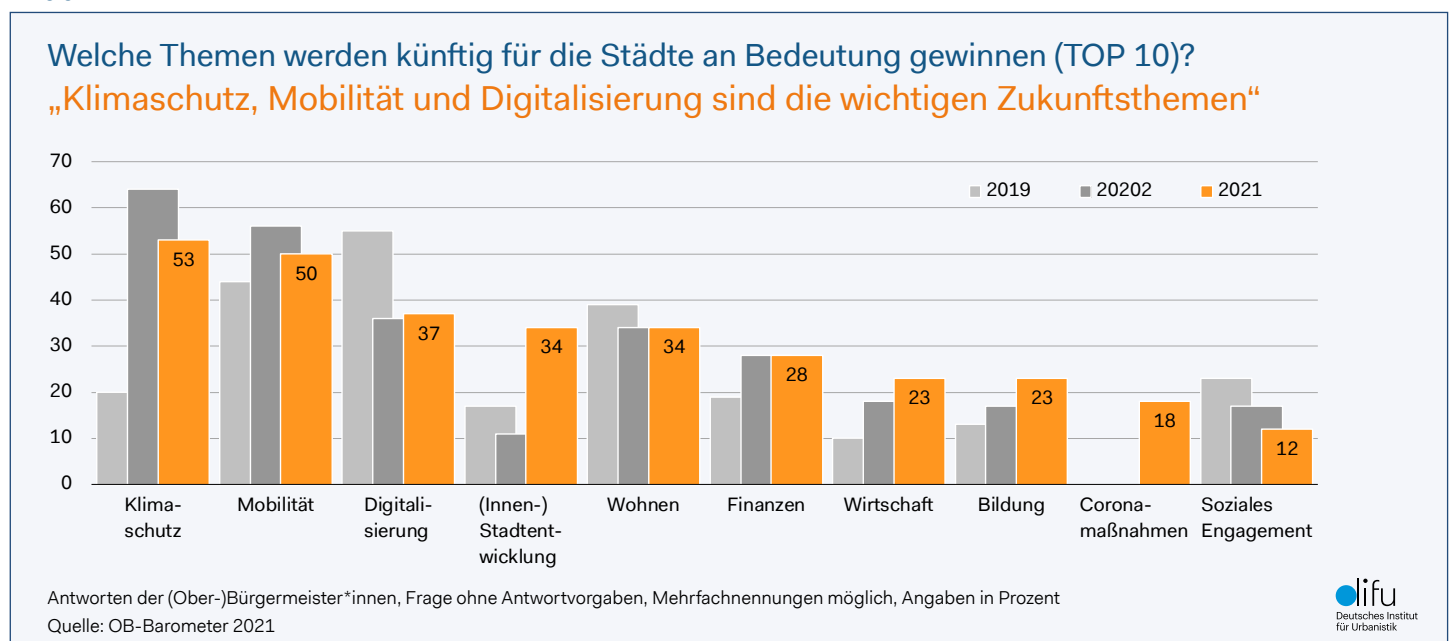
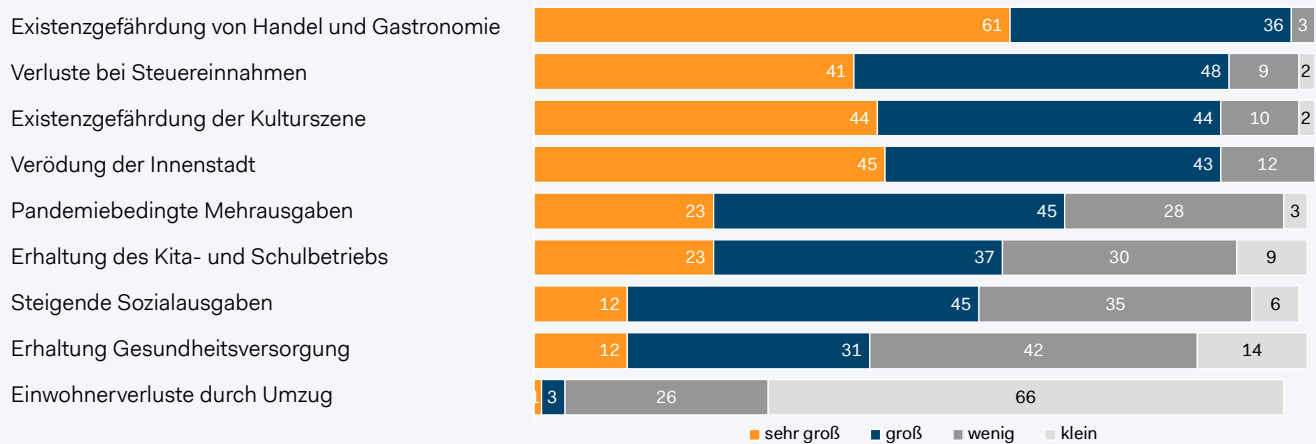


Abb. 3

Mit welchen Folgen der Coronapandemie muss gerechnet werden (TOP 9)?

Denkbare Folgen der Coronapandemie: Herausforderungen für die Kommunalpolitik



Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich
Quelle: OB-Barometer 2021

großen Stellenwert, den die Stadtspitzen heute ökologischen Fragen einräumen. Digitalisierung hat dagegen durch die Anforderungen und Veränderungen in der Coronapandemie nicht noch einmal einen Bedeutungszugewinn auf der kommunalen Ebene erfahren.

Smart City, Wohnungsbau und Finanzen sind „alte Bekannte“ bei den wichtigsten aktuellen Handlungsfeldern (Abb. 1) ebenso wie bei kommunalpolitischen Themen mit zunehmender Bedeutung (Abb. 2). Sie bleiben in der Rangfolge in etwa unverändert. Dass die Finanzlage der Kommunen nicht häufiger genannt wird, mag überraschen, da die Kommunen Corona-bedingt extreme Ausfälle bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen hatten und haben. Die fiskalischen Kompensationsmaßnahmen des Bundes und der Länder haben vermutlich dazu beigetragen, dass die Kommunen aktuell und für die Zukunft ihre Finanzlage in etwa so einschätzen wie in den beiden Jahren zuvor. Aus den Ergebnissen der Befragung wird aber auch deutlich, dass das für die Kommunen in Zukunft nicht automatisch so wird. Der Verlust von Steuereinnahmen wird als zweitgrößte Herausforderung in der Coronakrise angesehen (Abb. 3). Und die Finanzpolitik ist der Politikbereich, bei dem die Kommunen am zweithäufigsten bessere Rahmenbedingungen von Bund und Ländern einfordern (Abb. 4). Mit anderen Worten: Zur Bewältigung der Herausforderung erwarten die Kommunen bessere Rahmenbedingungen bei der innerstaatlichen Finanzverteilung.

Regional unterscheiden sich die Einschätzungen der Stadtspitzen hinsichtlich der jeweiligen Dringlichkeit der Handlungsfelder: Süddeutsche Städte messen den Themen Wohnen und Verkehr/Mobilität aktuell, wie auch

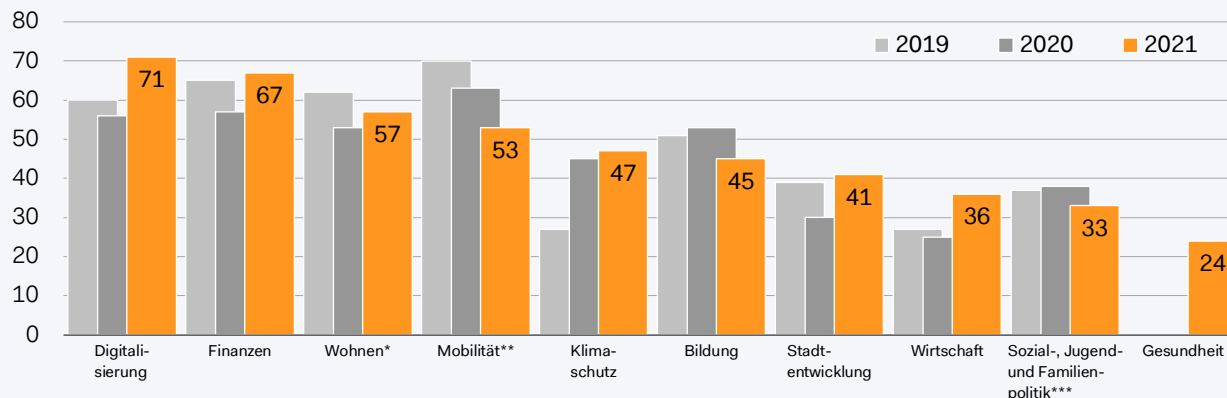
schon in den Vorjahren, mehr Bedeutung zu. Städte im Süden und Westen thematisieren die Handlungserfordernisse im Bereich „Klima, Energie, Nachhaltigkeit“ stärker. Ostdeutsche Städte nennen aktuell am häufigsten (nach Corona) ihre Finanzlage.

Corona rückt die Innenstadtentwicklung in den Fokus

Bemerkenswert ist der starke Bedeutungszuwachs des Themas Innenstadtentwicklung bei den aktuellen (Abb. 1) ebenso wie bei den zukünftigen Herausforderungen (Abb. 2). Eine Erklärung liefern die Antworten auf die Frage nach den Herausforderungen infolge der Coronapandemie (Abb. 3). Existenzgefährdung von Handel, Gastronomie und Kulturszene rangiert ebenso wie die Verödung der Innenstädte ganz weit oben. Die Innenstädte stehen in Coronazeiten für wirtschaftliche Existenzgefährdung von Gastronomie und Einzelhandel, leere Innenstädte verlieren ihre Aufenthaltsqualität. Bürobeschäftigte sind im Homeoffice, Einzelhandel, Kultur- und Gastronomie haben geschlossen oder deutlich weniger Besucher*innen – die Restriktionen infolge der Pandemie beschleunigen vor allem den Strukturwandel der Innenstädte. Das „erzwungene Experiment“ der Digitalisierung durch Corona – insbesondere die massive Zunahme von Onlinehandel und Homeoffice – hat einen ohnehin stattfindenden Veränderungsprozess forciert. Innenstädte stehen damit vor einem gewaltigen Umbruch. Das empfinden die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister insofern als eine große Herausforderung.

Abb. 4

In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen dringend verbessert werden? „Vor allem bei Digitalisierung und Finanzen sind Verbesserungen der Bedingungen erwünscht.“



* bis 2019 Städtebau und Wohnen, ** bis 2019 Verkehrspolitik und Infrastrukturausbau, *** bis 2020 Sozial-, Gesundheits-, Jugend- und Familienpolitik
Quelle: OB-Barometer 2021 Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich

Im Januar/Februar 2021 schien bei den OBs zumindest eine Hoffnung zu bestehen, dass das Thema Corona in der Kommunalpolitik bald wieder der Vergangenheit angehören wird. Während mehr als zwei Drittel aller Stadtspitzen Coronamaßnahmen und Coronafolgen als aktuell wichtiges Handlungsfeld (Abb. 1) benannten und damit eindeutig an die Spitze setzten, rangiert das Thema Corona unter den zukünftig wichtigen (Abb. 2) nur auf dem vorletzten Platz. Die Folgen der Pandemie vor allem für die weitere Entwicklung und Transformation der Innenstädte werden die Kommunen in den nächsten Jahren allerdings intensiv beschäftigen.

Nur wenig verändert haben sich die Nennungen der Stadtspitzen im Hinblick auf die Handlungsfelder, in denen sie bessere Rahmenbedingungen durch Länder, Bund oder EU

wünschen (Abb. 4). An Bedeutung gewonnen hat das Anliegen nach Unterstützung im Handlungsfeld Digitalisierung (71 %). Dies ist in erheblichen Teilen vermutlich zurückzuführen auf die in der Coronapandemie deutlich gewordenen Engpässe beispielsweise bei der Datenübermittlung von Gesundheitsämtern, der Möglichkeit von Verwaltungsbeschäftigten, im Homeoffice zu arbeiten, oder der digitalen Infrastrukturausstattung von Schulen. Es folgen die Handlungsfelder Finanzen (s.o.), Wohnungspolitik und Verkehr, in denen sich die Gewichtungen nur graduell verschoben haben. Im Vergleich der Antworten der Stadtspitzen aus den letzten Jahren ist eine Kontinuität in den „großen Linien“ der Kommunalpolitik – und den gewünschten Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Arbeit vor Ort – festzustellen.

Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die im Januar/Februar 2021 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde. 137 der 189 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen (bzw. 9 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 72,5 %.

Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Carsten Kühl, +49 30 39001-214, kuehl@difu.de
Dr. Beate Hollbach-Grömig, +49 30 39001-293, hollbach-groemig@difu.de
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin

Weitere Informationen und vertiefte Analysen zur Befragung unter www.difu.de/OB-Barometer

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist mit seinen rund 190 Beschäftigten das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige, in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben